

Der Vollzugsdienst

3/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Physische und psychische Gewalt zunehmend prägend für die Arbeit hinter Gittern

Justizministerkonferenz ist gefordert

Seite 1

GRÜN-SCHWARZE Landesregierung: Viele Versprechungen und Erwartungen – aber kein Geld ?

Baden-Württemberg nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016

Seite 5

Personalratswahlen 2016: BSBD-NRW verteidigt seine Führungsrolle

Eigener Hauptpersonalrat für den Strafvollzug hat sich bewährt

Seite 42

BSBD-Thüringen wählt Gerd Schulz zum Ehrenvorsitzenden



Auf Grund ihrer Verdienste für den BSBD-Thüringen wurden auf Vorschlag des Landeshauptausschusses ehemalige Mitglieder des Landesvorstandes geehrt. Im Bild v.li.n.re.: Landesvorsitzender J. Bursian, S. Dillner, G. Schulz und B. Gühlich.



Mecklenburg-Vorpommern



Rheinland-Pfalz



Schleswig-Holstein

Fachteil: Bundesverwaltungsgericht Beschluss BVerwG 2 B 23.15/OVG 6 A 371/12: Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision wird zurückgewiesen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Physische und psychische Gewalt zunehmend prägend für die Arbeit hinter Gittern
- 2 Übergangsversorgung soll überarbeitet und verbessert werden
- 3 dbb-Bundesseniorenvertretung: Engagement für Seniorinnen und Senioren
- 4 Linken-Konferenz zum Strafvollzug in Potsdam

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 18 Berlin
- 20 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 29 Hessen
- 33 Mecklenburg-Vorpommern
- 39 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 59 Saarland
- 62 Sachsen
- 66 Schleswig-Holstein
- 69 Thüringen

FACHTEIL

- 73 Bundesverwaltungsgericht Beschluss: BVerwG 2 B 23.15
OVG 6 A 371/12
Die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 3. Februar 2015 wird zurückgewiesen.



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 4-5/2016:

⇒ ⇒ 15. September 2016

Auf ein Wort

BSBD-Landesvorstand warnt eindringlich

Gewalt gegen Vollzugskollegen – Saarbrücken, Brandenburg, Weiterstadt... sind überall

BSBD Hessen: Personalabbau ist unverantwortlich

Die Berichte aus den Ländern überschlagen sich – verbreiten sich über Presse und Social Media heute schnell – mittags die Meldung aus Saarbrücken, dass ein Kollege und eine Kollegin beim Öffnen der Haftraumtür durch den dahinter „beherbergten“ Gefangenen angegriffen und zusammengeschlagen wurden. Am gleichen Abend dann aus dem eigenen Bundesland, aus Weiterstadt, die Nachricht: bei der alltäglichsten aller Situationen im Tagesablauf, der Essensausgabe, wird ein Kollege angegriffen und im Gesicht verletzt. Ohne jede Vorwarnung... Gewalt gegen Vollzugsbeamte. Soll das alltäglich werden in den Justizvollzugsanstalten?

Sowohl bei den Abgeordneten der CDU, den MdL Klein, Heinz, Honka, Serke und Klaff-Isselmann wie auch bei MdL Karin Müller, Bündnis 90/Die Grünen hat der Landesvorstand des BSBD Hessen in vollzugspolitischen Gesprächen die Arbeitssituation realistisch und auf den Punkt gebracht geschildert. Gefangene des offenen Vollzugs landen auf dem Fesselbett, sind total desorientiert, haben ihr Steuerungssystem im Sumpf synthetischer Drogen zerschossen und landen bei uns, in den Vollzugsanstalten. Und dann diejenigen, die völlig enthemmt körperliche Macht und Gewalt ausleben, mit drei bis vier Kolleginnen und Kollegen „begleitet“ werden müssen, weil unberechenbar; zu deutsch: GEFÄHRLICH. Alltäglich? Ja!

Und da wollen wir zukünftig den Eingangs- und Ausgangsstatus ausführlich analysieren. Wow! Die Wirksamkeit des Justizvollzugs (kurz: MeWis). Oder die Extremistenbeobachtung. Kaum wurden zehn Stellen installiert, beginnen die umfassenden Berichts- und Dokumentationspflichten für Stationsdienst, Werkdienst etc., da muss „selbstverständlich“ zugearbeitet werden. Wer soll das eigentlich alles bearbeiten? Zur Erinnerung: Eigentlich sind wir gerade in einer Phase des Stellenabbaus. ...

Das ist die Arbeitssituation, und alle Kolleginnen und Kollegen – unisono – schildern: die Zahl der psychisch Auffälligen nimmt zu, nimmt massiv zu. Die Zahl derer, die sich eben nicht einfügt und auch unberechenbar in ihrem Verhalten werden belasten die Kolleginnen und Kollegen immer mehr. Das Personal ist weiterhin hochmotiviert – aber wo bleibt die Wertschätzung?

Die Schuldenbremse kann wohl nicht das alleinige Argument sein! Hessen ist

immer noch ein Geberland im Bundesverbund!!!

Die Zahl dieser Auffälligen nimmt – gefühlt – in der Weise zu, wie gleichzeitig, die Zahl der Kolleginnen und Kollegen abnimmt. Erinnern wir uns an die politische Entscheidung des vergangenen Herbstes 2015, insgesamt 89 Stellen allein 2016 abzubauen. Weil wir ja allemal stets freie Stellen haben. Da wurde schon vergessen, dass uns jede freie Stelle tatsächlich weh tut. Und es wird im Übrigen verdrängt, wie schwer uns mittlerweile die Nachbesetzung wird. Und wie viele Kolleginnen und Kollegen sogar kündigen, kaum dass sie eingestellt sind. Nicht mehr konkurrenzfähig bei nur 1 (!) Prozent Besoldungserhöhung. Und ein Tritt gegen die, die immer noch jeden Tag kommen, sich in aller Verantwortung ihrer Arbeitssituation stellen. Trotz allem!

Straffälligkeit ist keine Krankheit

Die Anstalten ringen jeden Tag erneut um eine funktionierende Dienstplanung. Zeiteinheit ist mittlerweile der Tag und nicht mehr Woche oder gar Monat. Die Vorplanungen werden regelmäßig durch aktuelle Ereignisse über den Haufen geworfen. Die Situation wird von allen Betroffenen inzwischen als äußerst kritisch erlebt. Die Akzeptanz ist schon lange auf der Strecke geblieben. Und dann immer wieder die Personalkürzungsszenarien durch die Politik! „Straffälligkeit ist keine Krankheit, bei der der Patient zur Genesung bereitwillig beitragen will“. Unsere Klientel nimmt die Strafverbüßung in ihrer Lebensgestaltung bewusst in Kauf. Unser Auftrag ist Schutz der Allgemeinheit. Wenn die Sicherheit im Vollzug nicht mehr gewährleistet werden kann, wie können wir unter diesen immer

schlechter werdenden Bedingungen diesem Auftrag noch gerecht werden?

„Jemanden „Ziegenficker“ nennen – das geht gar nicht“... Politik und Presse beschäftigen sich wochenlang mit **Erdogans** Anzeige gegen **Jan Böhmernann** wegen Beleidigung. Die Schlagzeile in der *Frankfurter Rundschau* „Jemanden „Ziegenficker“ nennen – das geht gar nicht“. Im Artikel der *Frankfurter Rundschau* vom 29.04.2016 kritisiert Unionsfraktionschef **Volker Kauder** schließlich das Verhalten von **Jan Böhmernann**.

Welche Politiker oder Pressorgane beschäftigen sich so eingehend mit der Arbeitssituation der Vollzugsbediensteten? Beleidigungen über sich ergehen zu lassen, gehört mittlerweile zum Alltag eines Vollzugsbediensteten. Kolleginnen und Kollegen werden angespuckt, jegliche Missachtung kommt darin zum Ausdruck. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Die Vollzugsbediensteten sind ausgebildet und sensibilisiert, die Würde der Inhaftierten zu achten. Aber was ist mit unserer Würde als Vollzugsbedienstete? Hessische Vollzugsanstalten stellen jährlich zahlreiche Strafanzeigen wegen Beleidigung. Viele davon werden wegen Geringfügigkeit durch die Staatsanwaltschaften eingestellt. Dabei wird die Bedeutung der eingesetzten Beleidigung und die Wirkung im Vollzugsgeschehen von dort total unterschätzt.

Arbeitsverdichtung, steigender Frust und Krankenstand! Aber es will nicht gesehen werden!?! **Der BSBD Hessen appelliert nochmal – und dringend – an die hessische Landesregierung, die Einsparvorgaben auszusetzen, und zwar sofort.** Ein weiterer Stellenabbau im Vollzug bei deutlich steigenden Haftzahlen ist völlig unverantwortlich!



Kredite ablösen und Wünsche erfüllen – Freiräume schaffen

Beamtendarlehen zu **Bestkonditionen bis 100.000 Euro & niedrigen Monatsraten**

Unverbindliches Angebot unter: **030 / 4081 6444** oder www.dbb-vorsorgewerk.de/bd



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

Bewerbermangel im Strafvollzug – Auswahlverfahren dauert zu lange

BSBD-Landesvorstand im Gespräch mit Frau Abteilungsleiterin Ruth Schröder

Am 3. Mai 2016 empfingen die Abteilungsleiterin Strafvollzug, Ruth Schröder und ihr Personalreferent Manfred Kräuter den BSBD-Landesvorstand im Justizministerium in Wiesbaden. Erörtert wurden neben dem Thema Bewerbermangel im Strafvollzug auch die Themen Haushaltsverhandlungen 2017, weiterer Personalabbau trotz zu erwartender ansteigender Gefangenenzahlen im Hinblick auf die Flüchtlingssituation sowie die Folgen der Rückführung der Wochenarbeitszeit für Beamte auf maximal 41 Stunden pro Woche.

BSBD-Mitglieder melden dem Landesvorstand immer wieder, dass die überwiegende Zahl der hessischen Vollzugsanstalten mittlerweile jeden Tag um einen funktionierenden Dienstplan ringen muss. Vorplanungen werden regelmäßig durch aktuelle und unvorhergesehene Ereignisse über den Haufen geworfen.

Hinzu kommt, dass freigewordene Stellen trotz intensivster Bemühungen der Anstalten kaum noch nachbesetzt werden können. Es steht zu befürchten, dass der Justizvollzug aufgrund der mittlerweile erfolgten zahlreichen Einschnitte (Aufgabenverdichtung, Arbeitszeithöhe, Stelleneinsparungen, Gehaltseinbußen. ...) kein konkurrenzfähiger Arbeitgeber mehr ist.

Was bereits seit Jahren eine Problematik im Ballungsraum Rhein-Main darstellte, dehnt sich nun auch auf den ländlichen Bereich aus. Die lange geforderte Erhöhung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten, die am 1. Juli 2016 erstmals in den Portemonnaies der Kolleginnen und Kollegen real ankommen wird, wird da leider nicht für Entspannung sorgen.

Pro und Contra eines zentralen Bewerberauswahlverfahrens (moderndeutsch: Bewerbungsmanagement) wurden ausführlich erörtert. Das Bewerberverfahren muss dringend beschleunigt werden, damit die Besten nicht abspringen; es kann nicht sein, dass in Hessen Auswahlverfahren bis zu sechs Monaten dauern. Hier wird seitens des BSBD großer Optimierungsbedarf gesehen. Hier muss der

Vollzug zukünftig mehr Manpower rein investieren, wenn er wieder konkurrenzfähig werden soll. Bisherige „Zöpfe“ gehören auf den Prüfstand, müssen dann vielleicht auch abgeschnitten werden. Aber wir brauchen einen hohen Stellenbesetzungsgrad im Justizvollzug. Jede unbesetzte Stelle gefährdet die Sicherheit und strapaziert diejenigen, die den Dienst zu verrichten haben, bzw. die Aufgaben mit zu erledigen haben.

BSBD-Landesvorsitzende **Birgit Kannegeiser** forderte Wertschätzung durch Einbeziehung aller Bediensteten bei vollen Entscheidungen. Kommunikation, Fragen, Rückendeckung seien Rückgrat einer guten Arbeit im Justizvollzug. Frust entstehe, so **Kannegeiser**, durch kleinteiliges Regulieren und Kontrollieren des Dienstablaufs, statt durch Steuerung über Ziele (was soll denn erreicht werden?).

Im Erleben der Bediensteten findet eher Kontrolle statt Steuerung statt. Sicherlich ist der Hinweis der Abteilungsleitung auf die mittlerweile stattfindenden intensiven Schulungen auf der Bereichsleitererebene korrekt, jedoch hält die Landesvorsitzende hier entgegen, dass sie aus eigener Erfahrung nur allzu gut weiß, dass das in der Theorie Gelernte meistens nur schwierig in der Praxis umsetzbar ist. Zwischen Theorie und Realität liegen Welten. Im Übrigen sei die Bereichsleitung um ihre Sandwichposition nicht zu beneiden. Für den BSBD Hessen steht fest, dass hier die

falsche Führungsebene in der Verantwortung gesehen wird.

Angesprochen wurde auch die Situation langgedienter Kolleginnen und Kollegen, die seit vielen Jahren in den Besoldungsgruppen A8 (auch A7) festhängen, die konstant und beständig arbeiten, aber aufgrund des seit vielen Jahren praktizierten Beförderungsverfahrens sozusagen Stillstand erleben, bzw. immer wieder von Dienstjüngeren „überholt“ werden. Auch das stiftet Frustration. Hier, so der BSBD Hessen, ist aktive Personalentwicklung gefordert und Nachsteuerung erforderlich, um die für die Betroffenen erlebte Frustration wieder einzufangen. Angesprochen wurde auch der Orientierungsrahmen, der in seiner Grundstruktur auf Quantität (Größe definiert nach Belegungsfähigkeit der JVA) ausgerichtet ist. Die Qualität der Arbeit (Fluktuation, Schwierigkeit der Klientel, breite Verwendungsfähigkeit, etc. ...) findet bisher keine adäquate Berücksichtigung.

Auch in kleinen Abteilungen und Anstalten, so der BSBD, wird die gleiche Arbeit geleistet. Fluktuation ist auch eine Arbeitsbelastung; ob ein Haftplatz zehnmal im Monat durchschnittlich neu belegt wird oder einmal im Jahr, es muss die gleiche Fachlichkeit vorgehalten werden. Darüber hinaus wurde auf die Problematik der stellvertretenden Bereichsleitungen hingewiesen, die mit der gleichen Dotierung wie der Stationsdienst ihre Dienste versieht, aber weitaus verantwortungsvollere Aufgaben wahrzunehmen haben. Hier wird seitens des BSBD angeregt, nach einer gewissen Zeit der Berufserfahrung in den Stellvertretungen wenigstens die A9Z erreichen zu können.

Zum Abschluss informierte Frau Schröder über die aktuell laufenden Haushaltsanmeldungen für das kommende Jahr. Im Hinblick auf die Flüchtlingssituation werden seitens der Aufsichtsbehörde wieder ansteigende Gefangenenzahlen angenommen.

Im Bereich der Untersuchungshaft ist dies bereits sehr deutlich festzustellen. Seitens des Fachressorts wurde deshalb die Aussetzung der im Haushalt ausgebrachten kw-Vermerke beantragt. Frau **Schröder** appellierte zum Abschluss an die Gewerkschaft, dass es gerade in diesen schwierigen Zeiten wichtig sei, gemeinsam an einem Strang zu ziehen.



Teilnehmer am Gespräch mit der Abteilungsleitung Justizvollzug.

Foto: BSBD Hessen

1%-Besoldungserhöhung – Das geht gar nicht!

Justizvollzugsbeamte fühlen ihre Arbeitsleistung nicht anerkannt

Landesvorstand im Gespräch mit den regierungsverantwortlichen Parteien CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Alle Jahre wieder; ja: alle Jahre wieder. Auch im Jahr 2016 sucht der BSBD Hessen das vollzugspolitische Gespräch mit den Fraktionen im hessischen Landtag. 2016 wurde der Gesprächsreigen am 20. April 2016 eröffnet mit den Mitgliedern der CDU im Unterausschuss Justizvollzug.

Der BSBD-Landesvorstand informierte die Landtagsabgeordneten **Hugo Klein, Christian Heinz, Hartmut Honke, Uwe Serke** und **Irmgard Klaff-Isselmann** (CDU) und am 11. Mai 2016 Frau Landtagsabgeordnete **Karin Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Im

gierenden Parteien. Der Landesvorstand sieht mit dieser Entscheidung die Grundfesten des öffentlichen Dienstes gestört.

Die Justizvollzugsbeamten fühlen ihre Leistung mit dieser Entscheidung nicht mehr hinreichend respektiert. Dem Argument Schuldenbremse stehen aus Sicht der Gewerkschaft die positive Einnahmesituation des Landes sowie die Mehrbelastung der Beamten durch Personaleinsparungen und den damit verbundenen Arbeitsverdichtungen sowie der weiterhin steigenden Anzahl der höchstproblematischen Inhaftierten (sowohl im Bereich psychisch auffällig, als auch mit hohem Aggressionspotential) entgegen.

Verhaltensweisen nimmt bedenklich zu und somit auch die Gefährlichkeit der Inhaftierten. Es kommen immer mehr multimorbide Menschen mit besonders aufwendigen Betreuungserfordernissen in den Vollzug. Dokumentationspflichten in Bezug auf als extremistisch eingeschätzte Inhaftierte nehmen zu. Und die Haftzahlen steigen wieder.

Das Land Hessen wird immer mehr zu einem unattraktiven Arbeitgeber. Es verliert seine Konkurrenzfähigkeit. Die Bewerberlage ist mittlerweile bedenklich. Selbst bereits eingestellte Bewerber kündigen nach kurzer Zeit wieder, da ihnen die Arbeitsbedingungen zu schwierig



Die BSBD-Gespräche wurden mit den Mitgliedern der CDU im Unterausschuss Justizvollzug eröffnet.



BSBD-Landesvorstand mit MdL Karin Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Fotos (2): BSBD Hessen.

Mittelpunkt beider Gespräche standen Arbeitssituation, Besoldung und Stimmungslage im hessischen Justizvollzug.

Aktuell steht im Fokus der Beamten die verweigerte Übernahme des TV-H-Tarifabschlusses aus dem Jahr 2015, wobei das aktuelle Verhandlungsergebnis für den TVöD selbstverständlich von den Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen wurde. Stattdessen soll den hessischen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2016 – nach der Minusrunde 2015 – tatsächlich nur 1% Besoldungserhöhung zugestanden werden; keine Korrektur also der Festlegungen im Koalitionsvertrag der re-

Hier muss zumindest eine Anerkennung der Leistungen der Justizvollzugsbeamten zumindest in monetärer Form erfolgen!

Wir brauchen endlich die Angleichung der sogenannten Gitterzulage auf das Niveau der Polizeizulage; jetzt!

Die politischen Entscheidungen werden aus unserer Sicht zu demotiviertem Personal führen und dann wird es erst richtig teuer für das Land!!!! Die Aufgaben der Bediensteten werden immer komprimierter und vielfältiger. So wird oftmals ein Bediensteter, bzw. eine Bedienstete für zwei Stationen gleichzeitig zuständig. Die Klientel mit auffälligen

erscheinen. Und noch ein klares Wort richtete der BSBD-Landesvorstand an die politischen Entscheidungsträger: Kriminalität ist keine Krankheit, auch wenn Behandlungsangebote wichtig sind. Daher hat der Straftäter auch nicht wie ein Patient im Krankenhaus das zwingende Bedürfnis, an seiner Behandlung mitzuwirken. Viele Straftäter nehmen die Strafverbüßung billigend in Kauf.

Letztendlich stellt die Sicherheit im Vollzug auch die Sicherheit der Bevölkerung sicher! Und das ist auch ein Erfolg des Justizvollzugs, taucht aber in keiner Bilanz auf.

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Jürgen Jäckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130/97572-30 • Fax 05130/97572-59 • E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

dbb Hessen:

Gesetzentwurf zur Besoldungserhöhung völlig unzureichend

Der Weg für die Klage ist frei – Onlinepetition unter: www.petition.dbbhessen.de

„Jetzt ist endgültig die Katze aus dem Sack!“, so der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, als Reaktion auf den von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Gesetzentwurf zur Anpassung der Beamtenbesoldung im laufenden Jahr.

„Die Koalition arbeitet die Inhalte des Koalitionsvertrages unbeirrt so ab, als würde die Welt um sie herum stehen bleiben“, erklärte Schmitt weiter. „Wir sind zwar weiter empört, aber nicht mehr sonderlich überrascht!“ Das nach der Veröffentlichung des ersten Gutachtens von Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis am 14. März an die Landesregierung unterbreitete Angebot, sich mit dem Gutachten auseinander zu setzen und bei der Beamtenbesoldung erheblich nachzubessern, habe diese nicht genutzt.

Zum 1. Juli soll es nach dem Willen der Koalition exakt die 1-Prozent-Erhöpfung für die hessischen Beamten geben, die schon zu Beginn der Legislaturperiode

festgeschrieben worden war. Diese Besoldungserhöhung sei völlig unzureichend und zudem verfassungswidrig.

Der Landesvorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt stellte fest: „Damit sind die Instrumentarien „Gespräche“ und „Protestaktionen“ abschließend abgearbeitet und es folgt logisch und schlüssig die Klage auf Basis des vorliegenden Gesetzentwurfs. Der dbb Hessen geht den seit Monaten angekündigten Weg konsequent weiter. Die letzte Möglichkeit zur Abwendung der Klage ist durch die Landesregierung vertan worden.“

Welchen Stellenwert das von einer DGB-Gewerkschaft für den 13. Mai vollmundig angekündigte „Spitzengespräch“ mit Innenminister Beuth zum Thema Beamtenbesoldung noch haben soll, erschließe sich dem dbb Hessen nicht.

Denn das, was als Gesetzentwurf am 10. Mai bereits in Papier gegossen in das Parlament eingebracht wurde, könne am 13. Mai im Gespräch nicht mehr verändert werden.

In Ergänzung zu Gutachten und Klage starten Beamte eine offene Petition zur Beamtenbesoldung: Klares „Nein“ zu vermeintlichen Angeboten aus Wiesbaden. Die Onlinepetition des dbb beamtenbund und tarifunion Hessen finden Sie unter: www.petition.dbbhessen.de Petition im Netz aufrufen, unterschreiben und absenden. Die Petition trägt die Bezeichnung: „Schluss mit den Sonderropfen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen!“

Nachdem Sie unterschrieben haben, können Sie per Mail Kollegen, Freunde, Verwandte und Bekannte bitten, ihrem und unserem Anliegen zu folgen und ebenfalls die Petition zu unterschreiben. „Liken“ Sie außerdem unsere Facebook-Seite und verbreiten Sie den dortigen Link zur Petition. Der dbb Hessen wird die Kampagne offensiv medial begleiten. Es ist wichtig, dass schnell viele Unterschriften zusammen kommen, die wir dann an die Politik übergeben wollen!

Berichte aus den Ortsverbänden

H.B. Wagnitz-Seminar Wiesbaden unter neuer Leitung

Das H.B. Wagnitz-Seminar in Wiesbaden befindet sich im Umbruch. Bisherige Strukturen des Dienstleistungszentrums werden hinterfragt und neue Abläufe vorgeschlagen.

Doch nicht nur die Behörde an sich, nein auch der Ortsverein des BSBD ist im Umbruch. Nach Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand von Kollegen Dieter Hauck erklärte sich kurzfristig



Landesvorstandsmitglied Reiner Ruf gratuliert der neuen Vorsitzenden des OV HBWS Kim-Andrea Griemsmann zur Wahl. Foto: BSBD Hessen

Kollege Reiner Ruf bereit, die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Vorstandes fortzuführen. Im Spätsommer 2015 fand sich sodann ein neues Team, bestehend aus Kollegin Kim-Andrea Griemsmann, Kollegin Melanie Feliciano und Kollege Jens-Michael Franzke.

Ein erster gemeinsamer Ortsvereinsausflug zum Wiesbadener Weihnachtsmarkt gab genug Zeit die vielen neuen und alten Kolleginnen und Kollegen außerhalb des Dienstbetriebes kennen zu lernen und die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Dienstgruppen besser zu verstehen. Seit dem Amtsantritt des neuen Teams hat sich die Mitgliederzahl erfreulicherweise deutlich gesteigert und bei den Personalratswahlen im Mai ist der BSBD mit einer eigenen Liste für den Gesamtpersonalrat des H.B. Wagnitz-Seminars angetreten. Das neue Leitungsteam sieht zuversichtlich in die Zukunft und freut sich darauf die Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Gremien zu vertreten.

Vorstandswahlen im Ortsverband Frankfurt I

Am 23. Februar 2016 fand die Mitgliederversammlung des OV Frankfurt I mit Neuwahlen des Vorstandes statt.

Kollege Boucsein wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Kollege Pietzner zum stellvertretenden Vorsitzen-

den, sowie Kollege Otto zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden. Das Amt des Kassierers wird zukünftig vom Kollegen Bromacher ausgeübt, er wurde ebenfalls einstimmig gewählt.

Als stellvertretende KassiererIn wurde Kollegin Daniela Boucsein gewählt. Als Beisitzer werden zukünftig Kollegin Iliev und Kollege Feick fungieren. Neben den Wahlen zum Vorstand wurden die Fachgruppenvertretung Krankenpflegedienst mit Kollegen Hyba und als sein Stellvertreter Kollege Zimmer gewählt. Zu Kassenrevisoren sind Kollegin Friedrich und Kollege Hassels gewählt worden.

Jahreshauptversammlung Ortsverband Gießen

Bei der Jahreshauptversammlung des OV Gießen am 4. Mai 2016 wurde Soggi Urbanek erneut als Vorsitzender im Amt bestätigt. Ebenso wurde Norbert Matt als stellvertretender Vorsitzender, Markus Storr als Kassierer und Reinhold Friedrich als Schriftführer bestätigt.

Anja Glotzbach, die zuvor dem OV Rockenberg angehörte, wurde von Soggi Urbanek als neues Mitglied im OV Gießen begrüßt. Anja Glotzbach schaffte es dann auf Anheiß von der Mitgliederversammlung zur stellvertretenden Vorsitzenden im OV Gießen gewählt zu werden.